

Schlüssel für den Erfolg der Energiewende?

## Der Stellenwert der Energieeffizienz in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl

Hat die Energieeffizienz im Wahljahr 2013 eine eindeutige Farbe? Ein erster Blick in die Wahlprogramme stimmt zuversichtlich, denn Energieeffizienz scheint bunt: Sie wird dort einhellig als Bestandteil eines zukunftsfähigen Energiemarktes, als Erfolgsschlüssel für die Energiewende und als die richtige Antwort auf Energiearmut und steigende Energiepreise beworben. Alle Parteien scheinen sich einig zu sein, dass ohne Energieeffizienz, die Energiewende nicht umsetzbar ist:

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
„Energiesparen ist ein Schlüssel für den Erfolg der Energiewende“	„Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz.“	„Die Antwort auf Energiearmut und eine global wachsende Energienachfrage heißt Erneuerbare Energien für alle in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung.“	„Zu einem zukunftsfähigen Energiemarkt gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen“	„Die Verschwendung von Energie muss eingedämmt werden.“

Ein zweiter Blick zeigt, wenn es um die Umsetzungsdetails geht, präsentieren die Parteien sehr unterschiedliche Ansätze und setzen eigene Schwerpunkte. Im Folgenden sind die Programmvorschläge in die Bereiche Gebäude, Industrie & Gewerbe und Sonstiges untergliedert.\*

*\* Alle Angaben ohne Anspruch auf Vollständigkeit*

c/o Deutsche Unternehmensinitiative  
Energieeffizienz e.V. (DENEFF)  
Kirchstr. 21 · 10557 Berlin

Tel.: (030) 36 40 97-01 · Fax: (030) 36 40 97-42  
info@deneff.org · w ww.deneff.org

c/o ENERGIESPARNETZWERK ESN GmbH  
Bürgermeister-Grünzweig-Straße 1  
67059 Ludwigshafen

Tel.: 0800/664 80 96 · Fax: 0621/501 333  
info@energiesparnetzwerk.de  
www.energiesparnetzwerk.de



## Gebäude

Bei drei Parteien besteht Einigkeit, dass ein neuer Anlauf für einen Steueranreiz zur energetischen Gebäudesanierung gewagt werden sollte. Uneinig sind sich die Parteien, in welchem Umfang das Gebäudesanierungsprogramm fortgesetzt werden sollte und welche Rolle das Ordnungsrecht spielt.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Steueranreiz	Ja		Ja, Sinnhaftigkeit soll neu ausgelotet werden	Ja	
Förderprogramm für die Gebäudesanierung	Fortsetzung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms	Deutliche Erhöhung des KfW-Programms zur energetischen Gebäudesanierung  Ausrichtung der Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie	Aufstockung des Programms für die energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro  Zusätzlich: Energiesparfonds mit 3 Mrd. Euro für die energetische Sanierung insbesondere für einkommensschwache Haushalte	Fortführung des KfW-Gebäudesanierungsprogramms mindestens auf bisherigem Niveau	Aufstockung der Bundesförderung für die energetische Sanierung auf 5 Mrd. Euro
Energieeinsparverordnung (EnEV)	keine Vorschriften zum Einsatz bestimmter Technik		Verpflichtender Niedrigstenergiestandard für neue Gebäude  Verbot von neuen Ölheizungen ab 2015	Ablehnung von Zwangssanierungen, Ordnungsrecht nur im Neubau orientiert an Gesamtenergieeffizienz (kein Verbot einzelner Technologien)	Erstellung eines bis 2050 reichenden verbindlichen Sanierungsfahrplanes
Information & Beratung	Bessere Informationen zu Einsparmöglichkeiten	Energieberatung ausbauen	Bessere Beratungsangebote, Energiebedarfsausweis für Gebäude, Ökologische Mietspiegel		

## Industrie und Gewerbe

SPD und Grüne scheinen sich einig zu sein, dass Energiepreisvergünstigungen für die Industrie an tatsächliche Effizienzgegenleistungen gekoppelt werden müssen. FDP und CDU/CSU setzen vor allem auf die Weiterentwicklung von Beratungsangeboten. Die SPD schlägt verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Energieeffizienzinvestitionen vor. Die Parteien sprechen sich überwiegend für den Emissionshandel und dessen Reaktivierung aus.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Effizienzgegenleistungen bei steuerlichen Vergünstigungen für die Industrie		Gewährung von Energiesteuer- vergünstigungen nur, wenn der Energieverbrauch tatsächlich so- weit vermindert wurde, wie be- triebswirtschaftlich sinnvoll	Gewährung von Strompreissub- ventionen nur, wenn Maßnah- men zur Steige- rung der Energie- effizienz nachge- wiesen werden könne		
Beratungs- angebote	Weiterentwick- lung von Anrei- zen und Ber- atungsangeboten für Unterneh- men	Energieberatung ausbauen		Intensivere Bera- tung und Know- how Transfer	
Emissions- handel	Behebung be- stehender Schwächen des Emissionshan- dels	Reaktivierung des Emissions- handels, um Energieeffi- zienzinvesti- tionen anzureizen.	Verknappung der Verschmutzungs- rechte, höhere Standards und einen Min- destpreis für CO2	Ausweitung des EU- Emissionshandels auf den Wärme- sektor	Abschaffung des Emissions- handels und stattdessen Einführung eines ein Koh- leausstiegsge- setz
Sonstiges		Verbesserte Ab- schreibungsmög- lichkeiten oder Investitionszula- ge für Energieeffi- zienzinvestitio- nen	Erweiterung des Impulsprogramms Materialeffizienz um Energieeffizi- enz		Verpflichtung, Energie- und Rohstoffmana- gementsysteme zu unter- halten

## Weitere Initiativen

Die FDP lehnt „Produktverbote“ ab, während die Grünen und die Linke verbindliche Produktstandards nach dem Top-Runner Prinzip fordern. Die Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie wird explizit nur von der FDP erwähnt, welche hier die Einhaltung des Prinzips „Anreiz statt Zwang“ fordert. Die Grünen kündigen jedoch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen Markt für Energieeffizienz an und die Linke verspricht eine Versorgerverpflichtung im Sinne der Richtlinie.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Energieverbrauchende Produkte	Keine Vorschriften zum Einsatz bestimmter Technik	Top-Runner Ansatz für Produkte	Top-Runner Prinzip für Produkte	Ablehnung von Produktverboten	Top-Runner Prinzip für Produkte
Sonstiges		Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen Markt für Energieeffizienz	Prinzip „Anreiz statt Zwang“ bei Umsetzung der Energieeffizienz-RL	Verpflichtung für Energieversorger, jährliche Energieeinsparungen von 1,5 % bei ihren Kunden zu erzielen.  Energiesparfonds mit jährlich 2,5 Mrd. Euro für private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Verwaltung





Quellen:

CDU/CSU (2013): Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017

SPD (2013): Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017

FDP (2013): Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt.

Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Die Linke (2013): 100% Sozial. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013

c/o Deutsche Unternehmensinitiative  
Energieeffizienz e.V. (DENEFF)  
Kirchstr. 21 · 10557 Berlin

Tel.: (030) 36 40 97-01 · Fax: (030) 36 40 97-42  
info@deneff.org · www.deneff.org

c/o ENERGIESPARNETZWERK ESN GmbH  
Bürgermeister-Grünzweig-Straße 1  
67059 Ludwigshafen

Tel.: 0800/664 80 96 · Fax: 0621/501 333  
info@energiesparnetzwerk.de  
www.energiesparnetzwerk.de

